Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parr.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 230 | Sonntag, den 19. August | Jahrgang 1928

Martin Spahns Kampf gegen das Zentrum.

Nach dem Willen der Reichsverfassung ist der Abgeordnete der Vertreter des ganzen Volkes und als solcher im Gewissen verpflichtet, seine gesammelte Kraft der positiven Förderung der gesamtvolklichen Belange zu widmen. Er soll so handeln, wie es seine Ueberzeugung ihm vorschreibt und sich nicht gebunden fühlen an irgendwelche Aufträge, die ihm etwa von den Vätern seiner Kandidatur gegeben worden sind.

Wie steht es in dieser Beziehung mit Martin Spahn? Er, der Träger und — das scheint er völlig vergessen zu haben — der Nutznießer eines in allen Zentrumskreisen hochgeachteten Namens, verfolgt die Zentrumspartei mit einem krankhaft anmutenden Haß. Sein Blättchen, das sich in Titel und Untertitel als Sachverwalter des „gesamten deutschen Volkes" aufführt, ist ganz darauf abgestellt, die Zentrumspartei, die Vertreterin eines sehr wichtigen Teiles dieses „gesamten deutschen Volkstums", herunterzureißen. Kein Ereignis ist ihm zu unbedeutend, keine Begründung zu schwächlich, um ihm als Waffe zu dienen in dem Kampf, dem er — vorläufig — sein Leben gewidmet hat.

Ob dieser Kampf aus Ueberzeugung geführt wird oder ob er als die dienstbeflissene Erledigung eines überkommenen Auftrages anzusehen ist, läßt sich selbst nach Symptomen nur schwierig beurteilen. An sich wäre beides möglich. Es gibt eine Art von „Ueberzeugung", der Mediziner nennt sie Monomanie, die sich starr konzentriert auf einen einzigen Punkt und fanatisch blind an der Fülle der Tatsachen und der Einwände vorbeiläuft. Die Menschen, die von dieser Art Ueberzeugung befallen sind, tragen bei steifem Genick an den Augen meterlange Scheuklappen; sie sehen nicht rechts und nicht links, nicht oben und unten, sie sehen nur das eine Ziel, dem sie bedenkenlos und überhastet entgegenstürzen. Es ist möglich, daß Martin Spahn und sein näherer Anhang an monomanischen Zuständen leidet, daß ihr blindwütiger Kampf einer zwar irregeleiteten, aber immerhin doch tatsächlichen „Ueberzeugung" entspringt. Es ist aber ebenso möglich, daß es sich hierbei um einen Auftrag handelt, den der Beauftragte gern und „gewissenhaft" erfüllt, weil er damit ein Betätigungsfeld seines Hasses und zugleich eine Rechtfertigung seines Daseins gewinnt.

Welches Motiv hier maßgebend ist, läßt sich, wie gesagt, mit Sicherheit nicht feststellen. Die Art des Kampfes, die Martin Spahn und sein Anhang gewählt haben, gibt auch keinen klaren Aufschluß. Der Monomane ist ebenso eifrig und ebenso kritiklos in der Wahl seiner Mittel wie der buckelnde Erfüller eines Befehls. Beide sehen nicht, was ist, sondern entweder nur das, was sie sehen wollen oder das, was sie sehen sollen. Martin Spahn will oder soll im Zentrum den Erzfeind sehen, und demgemäß handelt er. Manchmal schon mitleiderregend.

In der letzten Nummer seiner Wochenschrift (Nr. 30) stand ein Verfassungsartikel, der war natürlich, wie alles in diesem „Organ", gegen das Zentrum gerichtet. Es sei einmal das Wort gefallen, das Zentrum gehöre zu den Garanten der Republik. Ob man denn nicht wüßte, daß das Wort Garant einen fatalen außenpolitischen Beigeschmack habe. Im Jahre 1648 — vor mehr als 200 Jahren also — seien Frankreich und Schweden als Garanten der auf dem Westfälischen Frieden beruhenden Reichsverfassung aufgetreten, als Bürgen dafür, „daß das Staatsleben des deutschen Volkes niedergehalten wurde, nicht mehr zu Kräften kommen konnte". Und dann kommts:

> In weiten evangelischen Volkskreisen sitzt die Meinung fest, daß das Zentrum wesentlich kirchliche, römische Interessen wahrnähme, auch dann, wenn sich einmal das kirchliche und das politische Interesse miteinander kreuzen. Sollte man deshalb nicht auf katholischer Seite mit der Wahl des Wortes Garant ein wenig vorsichtiger sein? Auch die Sozialdemokratie, mit der sich das Zentrum doch wohl zusammen als Garant der Republik fühlt, wird von den Kreisen, die nicht zu ihr gehören, nicht als Partei angesehen, die das nationale Interesse immer und allwege als Richtschnur für ihr politisches Verhalten anerkennt. Sie gilt für eine Klassenpartei und will eine Klassenpartei sein, betont dabei noch ausdrücklich ihre internationalen Bindungen. Wozu von katholischer Seite solches Mißtrauen heute noch reizen und steigern?"

Die Unzulänglichkeit eines derartigen „Angriffes um jeden Preis" springt von selbst in die Augen. Wenn jemand in die Tiefe der Jahrhunderte steigt, um dort einem alltäglichen Wort eine seinen Wünschen entsprechende Deutung zu suchen, dann ist das ein Privatvergnügen, bei dem wir nicht stören wollen.

Der zweite Teil desselben Artikels ist ebenfalls typisch. Durch die Weimarer Verfassung sind der Kirche die Fesseln genommen worden, die ihr zur Zeit des preußischen Königtums anhafteten. Das ist eine für den Spahn'schen Anhang unbequeme Tatsache. Aber da er die heutige Freiheit der Kirche nicht leugnen kann, sucht er zu beweisen, wie „ungerecht das Gerede ist, die katholische Kirche sei früher, besonders in Preußen, immer zurückgesetzt und geknechtet gewesen". Im Jahre 1755 sei eine preußische Prinzessin im Vatikan empfangen worden — in der preußischen Verfassung sei das Verhältnis von Kirche und Staat vorbildlich geordnet gewesen und Papst Leo XIII. habe bekanntlich nach Bismarcks Entlassung das Wort geprägt: Mi manca Bismarck. „Wenn sich gegenwärtig die katholische Kirche in der Republik auswirken kann, so stellt das mithin nichts Neues in der preußischen und deutschen Geschichte dar," schließt das Blatt des Herrn Spahn. Und der Kulturkampf? „Er ist ein furchtbares Unglück für Volk und Reich geworden. Aber er hat doch nur die Bedeutung einer Episode, und seine Wurzel liegt zudem nicht in Preußen." Der Kulturkampf nur Episode? Die Fesseln, die als gewichtige Reste der Kulturkampfgesetzgebung der Freiheit der Kirche bis zum Jahre 1918, bis zum Schicksalstag der Monarchie, angelegt waren, scheint der Spahn'sche Artikelschreiber nicht zu kennen. Vielleicht studiert er einmal die einschlägige kleine Schrift, die Karl Hoeber noch vor dem Zusammenbruch im Rahmen seiner „Zeit- und Streitfragen der Gegenwart" herausgegeben hat. Noch vernünftiger würde es freilich für ihn sein, er ließe ganz ab von seinem aussichtslosen Kampf gegen das Zentrum und kümmere sich um die Vorgänge in seiner eigenen Partei. Da ist ja noch so viel zu tun.

Das sozialdemokratische Parteigericht.

Wahrscheinlich keine weiteren Konsequenzen.

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin,** 18. August. (Drahtb.)

Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei sind heute vormittag um 10 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, in der die durch den Beschluß des Reichskabinetts in der Panzerkreuzerfrage entstandene Lage beraten werden soll. An der Sitzung nahmen etwa 170 Personen, darunter die sozialdemokratischen Minister teil, ebenso der Reichskanzler Hermann Müller, nur Reichsarbeitsminister Wissel war zu Beginn der Beratungen noch nicht anwesend. Die Beratungen dürften sich ziemlich lange hinziehen, und es ist zu erwarten, daß die Meinungen heftig aufeinanderplatzen werden. Einig ist man sich in der Sozialdemokratie in der Verurteilung der Haltung der Genossen in der Regierung. Meinungsverschiedenheiten bestehen aber über die Konsequenzen, die aus diesem Verhalten zu ziehen sind. Die Radikalen verlangen den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung, während andere Kreise, wie die Hamburger Parteiorganisation und heute morgen auch im „Vorwärts" der Abgeordnete Keil, für das Verbleiben der Sozialdemokraten in der Koalition sind. Nach Lage der Dinge kann man wohl damit rechnen, daß die Mehrheit der Fraktion und des Parteiausschusses es mit einer Rüge bewenden lassen werden, sodaß weitere politische Konsequenzen vorläufig vermieden werden.

★

Kommunistische Taktik.

Den Kommunisten ist der Kamm mächtig geschwollen. Sie glauben, nunmehr sei die Gelegenheit zur Bildung der von ihnen geplanten „proletarischen Einheitsfront" gegeben. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei hat es deshalb für notwendig erachtet, den Beschluß zu fassen, alle Schritte zur schnellen Durchführung eines Volksentscheids wegen des Panzerkreuzers einzuleiten. Den Kommunisten ist natürlich bekannt, daß sie, wie gestern ausgeführt, auf Grund der bestehenden Gesetze gar keine Möglichkeit haben, durch einen Volksentscheid eine bewilligte Etatsposition aufheben zu lassen. Diesen Zweck hat ja auch das ganze Geschrei nicht, denn den Kommunisten kommt es nicht darauf an, auf dem Wege des Rechts ihr Ziel zu erreichen, sondern sie wollen nur einen gewaltigen Lärm machen, um die Augen der sozialistischen Wähler auf sich zu lenken. Alles ist nur blauer Dunst; aber die Wählermassen sollen ja umnebelt werden, damit sie das kommunistische Geschrei für Wahrheit halten. Bei der Aufregung, die sich in der sozialistischen Wählerschaft zeigt, werden die Kommunisten sicherlich manchen Gewinn verbuchen können. Vor allem wird die Linksopposition in der Sozialdemokratie lautere Töne anschlagen müssen, um der kommunistischen Konkurrenz das Gleichgewicht zu halten. Wahrscheinlich wird es aber auch den Kommunisten gelingen, manchen schwankenden sozialdemokratischen Wähler anzulocken. Das ist umsomehr zu bedauern, als die „proletarische Einheitsfront" nichts weiter sein soll als eine Schutztruppe für Rußland. Wer die „Rote Fahne" liest, merkt genau, wohin die Reise gehen soll. Tagtäglich verkündet das kommunistische Organ, gegen die Sowjetunion würden Kriegsvorbereitungen getroffen. Auch der Panzerkreuzer bedrohe den bolschewistischen Staat. Selbstverständlich lacht über solche Unwahrheiten jeder, der einen Einblick in den wahren Stand der Dinge hat. Es kann keine Rede davon sein, daß das abgerüstete Deutschland sich mit kriegerischen Plänen trage, und was Rußland anbelangt, so lebt Deutschland mit ihm in gutem Einvernehmen. Auf eine Vergewaltigung der Wahrheit kommt es den Kommunisten jedoch nicht an, sie wollen aufs Ganze gehen und dabei ist ihnen jedes, wenn auch noch so verwerfliche, Mittel recht.

Das Pariser Programm.

Anschluß. – Rheinland. – Dawesplan.

+ **Paris,** 18. Aug. „Petit Parisien" begrüßt es, daß der Reichsaußenminister die Einladung zur Unterzeichnung des Antikriegspaktes nach Paris zu kommen, angenommen hat, und schreibt: „Die friedliche Orientierung, die Stresemann der deutschen Außenpolitik zu geben gewußt hat, ist die sichere Garantie dafür, daß der deutsche Minister bei uns die sympathischste Aufnahme finden wird. Nach Berliner Nachrichten wird Dr. Stresemann von Staatssekretär von Schubert begleitet sein, dessen Taktgefühl und Mäßigkeit bei den Genfer Zusammenkünften oftmals schon hoch geschätzt worden sind, und von dem Justiziar Gauß, der wirksam mit unseren juristischen Sachverständigen an der Regelung der heikelsten Fragen gearbeitet hat." Im übrigen beschäftigt sich die Presse mit der Frage, inwieweit neben der Unterzeichnung des Antikriegspaktes Besprechungen über internationale Probleme in Paris gepflogen werden. „Matin" schreibt, man könne annehmen, daß kurze offiziöse Meinungsaustausche zwischen den ausländischen Staatsmännern, besonders zwischen Stresemann und Briand, über gewisse Probleme der internationalen Politik erfolgen werden. „Petit Parisien" schreibt hierzu, die Ankunft Dr. Stresemanns in Paris dürfe in keiner Weise den Glauben erwecken, daß die diplomatischen Verhandlungen bei dieser Gelegenheit zwischen Briand und dem Chef der Wilhelmstraße über deutsch-französische Probleme, vor allem das der Rheinlandräumung, angebahnt werden würden. „Ere Nouvelle" erklärt: In Paris eine Besprechung über den Anschluß, das Rheinland oder den Dawesplan anzubahnen, hieße einem Abenteuer entgegengehen, für das die Interessen Frankreichs alle Kosten zu tragen hätten.

★

Kellogg tritt seine Europareise an.

● **Washington,** 17. Aug. Staatssekretär Kellogg hat heute in Begleitung seines Privatsekretärs Beck und des Pressechefs Macdermott die Reise nach Paris angetreten. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Kuck war auf dem Bahnhof erschienen, um sich von dem Staatssekretär zu verabschieden.

★

Eine italienische Stimme über die Rheinlandmanöver.

× **Rom,** 18. Aug. Unter dem Titel „Ironie Chamberlains kritisiert „Resto del Carlina" die Politik des englischen Staatsmannes und findet es durchaus begreiflich, daß man sich in Deutschland über die gemeinsamen Manöver der englisch-französischen Besatzungstruppen aufrege. Es sei kein Scherz, wenn sich zwei Heere an der Grenze eines dritten Staates zu Manövern zusammenschlössen und zwar zehn Jahre nach dem Kriege und acht Tage vor der Unterzeichnung eines Vertrags gegen den Krieg. Diese Tatsache werfe ein eigenartiges Licht auf die englische Politik, und alles erweckte den Anschein, als mache sich Chamberlain über die europäische Politik lustig. Das englische Verhalten müsse Erstaunen erregen, wenn man bedenke, daß England bisher Frankreich immer Knüppel zwischen die Beine geworfen habe und nun ein Flottenabkommen mit ihm abgeschlossen habe. Auch die Antwort Chamberlains auf den Kellogg-Pakt wirke wie eine Ironie. Es sei nicht ausgeschlossen, daß England das verachtete Europa einmal brauche, während jetzt Amerika versuche, in Europa Verbündete und Vasallen zu werben. Das Ziel Chamberlains sei elegant, aber überaus gefährlich.

Der Kampf zwischen der äußeren Mongolei und dem Staate Barga.

:: **London,** 18. Aug. „Times" meldet aus Peking: In der Nordmandschurei ist Beunruhigung entstanden wegen der Tätigkeit mongolischer Truppen im Gebiet von Hailar (Mandschurei). Der Gouverneur von Heilungkiang hat Mukden um Verstärkung ersucht. Der internationale sibirische Eisenbahnzug, der Mantschuli am 15. verließ, wurde von den Mongolen angehalten und durchsucht. Die chinesische Ostbahn ist an mehreren Punkten beschädigt. Der sibirische Zug, der von Zharbin am 16 nach Westen gehen sollte, ist noch nicht abgefahren. Es wird gemeldet, daß 5000 Mann unter einem Sowjetoffizier im Felde stehen. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt nicht vor, aber irgendeine „rote Bewegung ist entschieden im Gange. Ob Moskau dahinter steckt, ist fraglich. Die Lage in der Mandschurei ist bereits heikel genug, und es ist unwahrscheinlich, daß die Sowjetregierung Bewegungen ermutigen sollte, die geeignet wären, den status quo zu stören und Japan einen Anlaß zu geben, seine Stellung in der Mandschurei noch mehr zu befestigen.

„Morning Post" meldet aus Zharbin: Die mongolischen Feindseligkeiten gegen den Staat Barga dauern fort. Abteilungen der mongolischen Sowjetwache beunruhen Barga und zwingen die Einwohner, sich der Unabhängigkeitsbewegung anzuschließen. Die Stärke der mongolischen Abteilungen steht noch nicht fest. Chinesische Panzerzüge und Truppen haben den Kampf gegen sie eröffnet.

Kellogg und Kreml.

Von unserem Moskauer Mitarbeiter.

+ **Moskau,** 17. August.

„Der Kellogg-Pakt verhindert keinen der vertragschließenden Teile, jederzeit, wenn es ihm notwendig erscheint, einen Verteidigungskrieg zu provozieren." Mit diesem ziemlich übermütigen Epigramm hat sich ein bolschewistischer Außenpolitiker über den Kriegsächtungspakt, der so viele Kriegschancen enthält, lustig gemacht. Ein bißchen zu spät hat man im Kreml eingesehen, daß es trotzdem nicht gut ist, wenn die Sowjetunion in einer Weltfrage stumm bleibt, und so hat denn Herr Tschitscherin wenigstens den Anspruch seiner Regierung auf Teilnahme an der Gestaltung dieses Vertrages angemeldet. Wenn diese Anmeldung auch zu spät erfolgt ist und allem Anschein nach keine Berücksichtigung mehr finden wird, so hält man hier doch dafür, daß sie ihren Nutzen hat. Die Sowjetunion mußte zeigen, daß sie den Gedanken der „Kriegsächtung" grundsätzlich billigt. Dieser Gedanke gehört ja auch zur Ideologie der Weltrevolution, und Moskau wird, ohne die feinen Klauseln zu berücksichtigen, mit denen Kellogg, Briand und die anderen diesem Gedanken seine Leistungsfähigkeit nehmen wollen, in der Propaganda Gebrauch davon machen. Ja, es ist gar nicht unmöglich, daß man sich absichtlich so spät gemeldet hat, damit es eben nicht heißen könne, Moskau haben irgend eine Verstümmelung des Weltfriedensgedankens gebilligt. Solche Haltung stimmt auch mit der radikalen Haltung der Sowjetunion im Punkte der unbedingten Abrüstung überein.

Kommt der Kellogg-Pakt ohne Moskaus Beitritt zustande, so wird es in der Sowjetpresse nicht an höhnischen Bemerkungen über seine tatsächliche Wirkungslosigkeit, über die diplomatische Heuchelei, hinter der sich kriegdrohende Sonderbündnisse verstecken, fehlen. Es ist ganz zweifellos, daß Moskaus Außenpolitik sich in der letzten Zeit immer mehr und mehr von allen Erdteilen zurückgezogen hat — von Europa, wie von Amerika, wie von Asien. Es gab eine Zeit, wo nicht nur in Moskau der Eindruck waltete, die wirtschaftliche und politische Annäherung an die Vereinigten Staaten werde die offene Entzweiung mit England (nach der Arcos-Affäre) wettmachen. Gegenwärtig steht man im Kreml Amerika etwa mit demselben Gefühl gegenüber wie England. Und Asien? China? Daß eine Umgestaltung Chinas sich nur unter starkem Einfluß sowjetistischer Gedanken vollziehen kann, das ist Moskauer Evangelium. Aber man verhehlt sich nicht, daß es ganz unmöglich ist, jetzt etwas in dieser Richtung zu tun oder einen Zeitpunkt anzugeben, wann etwas geschehen könnte. Die Stunde in China gehört nicht den Sowjets, sondern Japan, England, Amerika. Diese drei werden zunächst von maßgebendem Einfluß sein für die Neugestaltung Chinas. Eine Nationalversammlung wird einberufen werden. Sie wird nicht unter bolschewistischem Einfluß stehen. Eine Minderheitsregierung, wie Lenin und Trotzki sie einst in ihrem Lande schufen, scheint in China ausgeschlossen. Darüber ist man sich ja auch in Moskau klar, wo man immer mehr die in ihrer Art so einzigen, kaum je wieder vorkommen könnenden Bedingungen der bolschewistischen Umwälzung begreift. Die Hauptbedingungen dieser Umwälzung: Auflösung des geschlagenen zaristischen Heeres und die Nachkriegshungersnot sind eben ganz einmaliges historisches Geschehen. Das letzte Moment namentlich ist es gewesen, das zum Kriegskommunismus zwang und das Lenin von seinen ursprünglichen Gedanken abdrängte, die sich nicht so diametral von einer Demokratie entfernten, wie der heutige Bolschewismus. Man sieht das heute in Moskau deutlicher ein als früher. Die chinesische Revolution, die man noch erwartet, wird anders sein als die russische. Man verzichtet jetzt darauf, die chinesische Revolution zu schüren. Diese Politik des Abwartens, des Sichzurückhaltens, des Beobachtens der Dinge, die sich nach Moskaus Ansicht ja doch nach seinem Sinne entwickeln müssen, gibt der heutigen Methode Tschitscherins ihr Gepräge. Rußlands Außenpolitik ist langweilig geworden — wenigstens für den Zeitungsleser. Scheinbar ist sie ganz passiv, aber doch voll innerer Gespanntheit.

Diese Methode scheint man auch Deutschland gegenüber zu beobachten. Auch hier herrscht keine Aktivität. Man scheint sogar den Parteifreunden klar gemacht zu haben, daß allzu laute und allzu scharfe Töne der Sowjetpolitik nicht erwünscht sind. Das ewige Drohen mit dem „großen Abend" wird als unpolitisch betrachtet. Dagegen sieht man hier natürlich mit Genugtung jede Spaltung der sozialdemokratischen Partei, jede Verlegenheit, in die sie durch die Beteiligung an der Regierungskoalition gerät, und glaubt, daß jede Wahl der Sozialdemokratie Abbruch, den Kommunisten Vorteil bringen werde. Während man in Moskau dem Grundsatz der aktiven und mächtigen Minderheit huldigt, verspricht man sich für Deutschland die Hauptsache von einer kommunistischen Mehrheit, also zuletzt doch vom soviel geschmähten Parlamentarismus. Auch für Deutschland kom-

men so wenig wie für China die historischen Formen der bolschewistischen Revolution inbetracht. Aus dieser Erkenntnis ergibt sich die heutige Außenpolitik des Kremls, während seine frühere auf der als irrig erkannten Vorstellung beruhte, daß das, was in Rußland geschehen sei, sich in anderen Ländern mechanisch wiederholen werde.

Die Reichsfinanzen.

Die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben haben im vergangenen Monat eine Rekordhöhe erreicht. Für den Reichsfinanzminister ist das ein erfreulicher Gruß bei dem Antritt seines Ministerpostens. Wenn auch der offiziöse Kommentar vor optimistischen Schlußfolgerungen warnt und jene Rekordziffer darauf zurückführt, daß im Juli die Zahlungstermine für die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, wie auch die Lagerabrechnungen bei den Zöllen zusammenfallen, so darf man doch nicht übersehen, daß in dem hohen Zollaufkommen sich etwas auch der Niederschlag der günstigen Konjunktur des vergangenen Jahres geltend macht. Von den im Etat auf 8862 Millionen Mark veranschlagten Jahreseinnahmen sind in den vier Monaten von April bis Juni, also im ersten Drittel des Rechnungsjahres, 3170 Millionen Mark aufgekommen, d. h. 216 Millionen Mark mehr als ein Drittel des Jahressolls. Da wir in den kommenden 8 Monaten nur noch zweimal ein so günstiges Zusammenfallen von Zahlungsterminen erleben, bleibt nach wie vor die Sorge berechtigt, zumal die wirtschaftliche Konjunktur seit Jahresbeginn im Verhältnis zum Vorjahr merklich abflaut, daß wir mit einem Defizit zu rechnen haben werden. Ministerialdirektor Brecht hat vor Abschluß der Etatsberatungen Ende März dieses Jahres im Reichsrat dargelegt, daß das Defizit am Ende des Etatsjahres 1928/29 wahrscheinlich 591 Millionen Mark betragen würde.

Jene Sorge ist auch deshalb begründet, weil feststeht, daß sich in der Reichskasse keinerlei Reserven mehr befinden, mit denen wir in den letzten drei voraufgegangenen Jahren jedesmal das Defizit im Reichshaushalt ausfüllen könnten. Die Folge ist, daß man sich in den verantwortlichen Kreisen bereits eingehend mit neuen Steuerplänen befaßt. So erwägt man eine Erhöhung der Tabaksteuer oder der Bier- und Branntweinsteuer und denkt auch an eine Erweiterung des Erbschaftssteuergesetzes. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Köhler hatte die Opposition der Demokraten und Sozialdemokraten gegen die im März mit dem Not- und Ergänzungsetat vorgenommene Ausgabenerhöhung dadurch zu beschwichtigen gesucht, daß er für den Fall eines Etatsdefizits eine Reform des Spiritusmonopols und der Zigarettensteuer empfahl. Er glaubte, damit etwa 200 Millionen RM. mehr erzielen zu können. Auch rechnete er mit einer beträchtlichen Zurückzahlung der vom Reich ausgegebenen Kleinwohnungskredite. Die Vorschläge des Reichsfinanzministers, die vorsichtig unter dem Worte „Reform" zusammengefaßt waren, bedeuten natürlich auch nichts anderes als eine Erhöhung vorhandener Steuern. Nun haben aber alle Gesetze, die eine Vermehrung der Einnahmen aus den genannten Verbrauchsmitteln bezwecken, den einen Nachteil, daß sie zugleich unsere Reparationsverpflichtungen vermehren könnten. Nach dem Dawesplan sollen die Reparationsgläubiger bekanntlich von dem Wachsen des deutschen Wohlstandes Nutzen haben, und so ist ein Wohlstandsindex als Grundlage event. Zusatzzahlungen vorgesehen. Er basiert auf folgenden 6 Positionen: Ein- und Ausfuhr, Staatshaushalt, Eisenbahnverkehr, Verbrauch an Zucker, Tabak, Bier und Alkohol, Gesamtbevölkerung und Kohlenverbrauch. Er würde, wenn er in Kraft träte, ab 1929/30 auf die Hälfte der normalen Reparationsverpflichtungen (1 250 Mill. Rm.) und ab 1934/35 auf die ganze Summe Anwendung finden. Bekanntlich sind wir schon einmal in die Verlegenheit gekommen, solche Wohlstandszahlungen über die eigentlichen Annuitäten des Dawesplanes hinaus zahlen zu müssen, und zwar auf Grund der hohen Reichseinnahme, die durch die Zollpolitik des deutschnationalen Finanzministers Schiele bewirkt wurde. Es wurden damals auf Grund des sogenannten „kleinen Besserungsscheines" zwei Zusatzraten von je 250 Mill. RM. fällig, und zwar für das vierte und fünfte Reparationsjahr. Durch Verhandlungen mit dem Reparationskommissar hat der Nachfolger Schieles, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, diese Schuldsumme auf 300 Mill. Rm. ermäßigen können, die aber dann schon im dritten Reparationsjahr gezahlt worden ist.

Wenn das Etatsjahr 1929/30 so außerordentlich schwierig für uns ist, so liegt das nicht zuletzt daran, daß wir in diesem Jahre die höchste Rate von 2½ Milliarden Mark Reparationen an die Entente abzuliefern haben. Das Reparationsnormaljahr beginnt allerdings schon am 1. September dieses Jahres, sodaß auch schon im laufenden Etat ein Teilbetrag der um 500 Millionen RM. höheren Annuität gegenüber dem Reparationsjahr 1927/28 eingesetzt worden ist. Die Höchstverpflichtungen des Reparationsvertrages machen sich also schon in diesem Jahre geltend. Es wird für den Reichsfinanzminister nicht leicht sein, das erwartete Defizit rechtzeitig auszugleichen, ohne zugleich in die Gefahr zu kommen, Zuschlagssummen zu den Reparationsverpflichtungen auf Grund des „großen Besserungsscheines" leisten zu müssen. Umso dringender wird die Notwendigkeit von Ersparnissen, umso dringender eine Neuregelung der Reichsverwaltung, die die Kosten einschränken würde. Sie muß schleunigst erfolgen, damit der so dringend notwendige endgültige Reichsfinanzausgleich zustande kommen könnte. Durch ein Defizit im Etat würden übrigens die Dawesannuitäten nicht gefährdet, da sie durch die Zolleinnahmen und Verbrauchsabgaben hinreichend garantiert sind. Aber unsere Währung könnte in neue Gefahr kommen, und darum ist die Ausbalancierung des Etats eine wirtschaftliche Lebensfrage unseres Staates.

Nach Lambach Lindner?

Berlin, 18. Aug. Bei den Deutschnationalen scheint jetzt ein Ausschlußverfahren nach dem anderen zu kommen. Der „Jungdeutsche", der sich über die Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei während der letzten Zeit gut unterrichtet zeigte, weiß nämlich zu melden, daß der Generalsekretär des Deutschnationalen Arbeiterbundes, W. Lindner, auf der Reichstagung dieses Bundes am Sonntag das Hauptreferat halten werde unter dem Titel: „Lehren des Wahlkampfes". Es sei wohl anzunehmen, daß sich Lindner dabei auch mit dem Fall Lambach als den äußeren Beweis für die Zerfallserscheinungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei beschäftigen werde. Lindner habe bekanntlich in seinem sehr energischen Artikel, der durch den „Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienst" veröffentlicht wurde, für Lambach Stellung genommen. Damals wurde von deutschnationaler Seite gegen ihn ein ähnliches Ausschlußverfahren gefordert wie gegen Lambach. Inzwischen soll, wie das oben erwähnte Blatt meldet, ein solches Verfahren gegen Lindner bereits eingeleitet worden sein, zumal dieser in einer kürzlich in Berlin stattgehabten Parteisitzung den Abg. Hugenberg schwer beschuldigt habe.

Die französische Industriespionage.

Ausnutzung der Besatzungsgewalt zu privaten Zwecken.

Wir veröffentlichten am Freitag genauere Mitteilungen über französische Werkspionage in Deutschland. Sie sind geeignet, das stärkste Aufsehen im In- und Ausland zu erregen. Es handelt sich nicht um Vermutungen oder Andeutungen, sondern um Vorgänge, die mit allen Einzelheiten und mit genauen Angaben belegt werden können und die bereits zur Verhaftung von drei Angestellten der J. G. Farbenindustrie und zu Haussuchungen geführt haben, bei denen ein erdrückendes Beweismaterial über die Spionagetätigkeit der Verhafteten und ihre Verbindung mit der französischen Geheimpolizei im besetzten Gebiet (Sureté) gefunden wurde. Es handelt sich in der Hauptsache um eine Spionage in den verschiedensten Betrieben des Farbentrusts, und zwar nicht nur im besetzten Gebiet, sondern auch in den Leunawerken und Leverkusen. Die Spionage wurde mit bemerkenswerter Schamlosigkeit und Dreistigkeit betrieben, wobei die Agenten aus ihrer Verbindung mit der französischen Geheimpolizei gar kein Hehl machten.

Industriespionage hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie war aber immer eine private Angelegenheit. Erst seit der Besetzung deutschen Gebiets durch fremde Truppen kennen wir eine Industriespionage, die von ausländischen Behörden geleitet und geschützt wird. Solange der Ruhrkampf tobte, konnte man derartige Eingriffe in private Rechte auf das Konto der zahllosen Ungerechtigkeiten schreiben, denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes ausgesetzt war. Aber heute . . .? Man verlangt von uns fortgesetzt neue Beweise eines aufrichtigen Verständigungswillens, und die große Mehrheit des deutschen Volkes war bisher auch bereit, um der Erhaltung des europäischen Friedens willen das äußerste Entgegenkommen zu zeigen, obwohl es an sich der im Kriege unterlegenen Nation ganz natürlich unendlich viel schwerer fällt, einer Verständigung Opfer zu bringen, als denen, in deren Schoß die Einmischung Amerikas in europäische Angelegenheiten Siegeslorbeeren warf. Es ist geradezu eine Selbstverständlichkeit, daß der Leiter der französischen Außenpolitik von der mißbräuchlichen Ausnutzung der Gewalt im besetzten Gebiet durch ein Zusammenarbeiten von Polizeiorganen und französischen industriellen Interessen nichts weiß, und man darf wohl annehmen, daß die Entrüstung, die diese Vorgänge in Deutschland hervorrufen werden, Herrn Briand Veranlassung geben wird, bei gewissen Stellen der französischen Regierung auf eine strenge Untersuchung dieser Vorgänge zu drängen. Da es sich hier viel weniger um militärische Dinge als um eine Ausnutzung der Besatzungsgewalt für private Interessen französischer Industriekreise handelt, ist das Prestige der französischen Regierung aufs äußerste gefährdet. Leider stehen aber diese Spionagefälle nicht vereinzelt da. Auch die Stellungnahme der Besatzungsbehörden in der Frage der Erweiterung des Bahnhofs Rüsselsheim hat ja bereits in der ganzen Welt den Eindruck hervorgerufen, daß hier Interessen der französischen Automobilindustrie gegen die deutschen Opelwerke in die Wagschale geworfen wurden. Es wurde auch über die Schwierigkeiten berichtet, die französische Zollbehörden im Saargebiet der deutschen Einfuhr bereiten, und mit denen sie die praktische Anwendung des Saarabkommens erschweren bezw. ganz verhindern. Auch diese Haltung französischer Beamter kommt — gewollt oder ungewollt — lediglich französischen Wirtschaftsinteressen zugute.

Durch Gesetze wird keine Wirtschaft der Welt sich dauernd gegen derartige Spionage schützen können. Rußland besitzt zwar ein sehr scharfes Gesetz gegen Wirtschaftsspionage, hat aber damit nur insofern Erfolg, als ja ohnehin der Personenverkehr nach Rußland starken Einschränkungen unterliegt und vorläufig aus der russischen Industrie besondere Geheimnisse wohl nicht herauszuholen sind. Auf der anderen Seite hat dieses Spionagegesetz, das ja auch eine an sich in jedem Lande gestattete Orientierung über die Marktlage für Industrieerzeugnisse in Rußland und über allgemeine Wirtschaftsfragen fast unmöglich macht, in der ganzen Welt nur Mißtrauen gegen russische Zustände hervorgerufen, also mehr Schaden als Nutzen gestiftet. An sich ist es Aufgabe eines jeden Industriebetriebes, sich selbst zu schützen. Gegen die Ausnutzung der Besatzungsgewalt zur Wirtschaftsspionage kann allerdings gar nicht scharf genug Front gemacht werden. Dieser Mißbrauch einer derartigen Gewalt ist wieder eins der gewichtigsten Argumente gegen die Aufrechterhaltung eines Zustandes, der in ganz hörigkeit Deutschlands zum Völkerbunde und zum Geiste der Verständigungspolitik steht.

Von Nah und Fern

Ein schwerer Autounfall.

× **Saarbrücken**, 18. Aug. Vorletzte Nacht zwischen 2 und 3 Uhr fuhr das Auto des Kreises Merzig auf der Straße zwischen Merzig und Böckingen rechts gegen einen Baum, darauf links gegen den Felsen, der das Fundament des Stellwerkes B. W. von Böckingen bildet. Das Auto ging vollständig in Trümmer und brannte bis auf die Eisenteile vollkommen aus. Von den Insassen des Wagens wurden drei Geistliche zum Teil mehr oder weniger schwer verletzt, ebenso der Wagenführer. Die Verletzten sind in das Krankenhaus in Böckingen übergeführt worden.

Zwei Reichsdeutsche in Rußland enthaftet.

() **Berlin**, 17. Aug. Wie die D. A. Z. erfährt, wurde der Hautarzt Dr. Flensch, ein Reichsdeutscher, der bekanntlich in Saratow vor einiger Zeit verhaftet wurde, wieder auf freien Fuß gesetzt. Ebenso wurde der seit über einem Jahre in Haft befindliche Reichsdeutsche Brück, der wegen eines betrügerischen Konzessionsangebotes angeklagt worden war, aus der Untersuchungshaft entlassen.

Das große Los gezogen.

÷ **Berlin**, 18. Aug. In der heutigen Vormittagsziehung der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie wurde das große Los gezogen. Es fiel auf die Nummer 359 651. Das Los wird in der 1. Abteilung in Bernburg a. d. Saale und in der 2. Abteilung in Osterode am Harz gespiel und zwar in beiden Abteilungen ausschließlich in Achteln.

Großfeuer in einer Türen- und Fensterfabrik.

◇ **Güstrow**, 18. Aug. Gestern abend gegen 7½ Uhr brach auf dem Fabrikgrundstück der Firma H. Böckmann u. Co. in der Türenwerkstatt ein Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und die große Werkstatt, in der nur Türen angefertigt werden, völlig vernichtete. Alle fertigen Arbeiten, 1300 Türen und auch alle Maschinen sind durch das Feuer zerstört. Nach den polizeilichen Feststellungen soll das Feuer durch Heißlaufen der Transmissionslager entstanden sein. Der zirka 80 000 ℳ betragende Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Frauen als Friedensrichter.

:: **Dresden**, 17. Aug. Die sächsische Regierung hat eine neue Friedensrichterverordnung erlassen. Danach werden auch Frauen zum Amte eines Friedensrichters berufen werden.

Der Raubmörder Balzer gefichtet.

)!(**Breslau**, 18. Aug. Die „Schlesische Zeitung" meldet: In der Nacht zum Montag versuchten im Kreise Guhrau ein Mann und eine Frau über die Grenze nach Polen zu gelangen, wurden aber von einem polnischen Grenzbeamten festgenommen. Bei ihrer Vernehmung auf der Wache schoß der Verhaftete auf den Beamten, der durch drei Revolverkugeln schwer verwundet wurde, und entkam nach Polen, während seine Begleiterin, die über die deutsche Grenze flüchtete, von deutschen Grenzbeamten verhaftet wurde. Nach der Personalbeschreibung scheint es sich hier um den langgesuchten Raubmörder Balzer zu handeln, der in Lossen, Kreis Brieg, einen Wirtschaftsinspektor und einen Polizeibeamten durch Revolverschüsse getötet hat.

Terror in der Geesthachter Stadtvertreterversammlung.

() **Hamburg**, 18. Aug. Wie das „Hamburger Fremdenblatt" aus Geesthacht berichtet, mußte am Freitag abend ein Aufgebot von sechs Mann der Bergedorfer Polizei zu Hilfe gerufen werden, weil kommunistische Zuhörer den Sitzungssaal stürmten und den Bürgermeister und Stadtvertreter der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktion verprügelten. Nach Eintreffen der Bergedorfer Polizei wurde der Saal geräumt. Die kommunistische Fraktion verließ ebenfalls den Saal. Eine große Menschenmenge sammelte sich vor dem Stadthause an und belagerte nach Beendigung der Sitzung die Ausgangsstraßen. Erst nach und nach wurde durch die gesamte Polizei der Marktplatz geräumt.

Einbruchsdiebstahl in einem Wiener Kaffeehaus.

× **Wien**, 18. Aug. Einbrecher drangen heute Nacht in das Leopoldstädter Kaffeehaus ein, erbrachen die Kasse und stahlen eine Barbetrag von 38 000 Schilling, sowie Schmucksachen im Werte von 10 000 Schilling.

Unterschlagung der Eintrittsgelder bei einem Flugmeeting.

÷ **Wien**, 17. Aug. In Krems an der Donau fand letzten Sonntag ein Flugmeeting statt, das von den aus Kottbus stammenden angeblichen Chefpiloten und Ingenieur Lehmann veranstaltet wurde. Dabei verunglückte ein Fallschirmkünstler tödlich. Das Meeting endete übrigens, wie jetzt bekannt wird, mit einem finanziellen Skandal, da die Kartenverkäufer mit den eingenommenen Geldern durchgingen, sodaß eine Bezahlung der Piloten und der Handwerker, die verschiedene Arbeiten verrichtet hatten, unmöglich wurde. Lehmann wurde in Haft genommen, da man annimmt, daß er mit den Kartenverkäufern im Einvernehmen stand.

„Hermann Köhls" Notlandung in Prag.

:: **Prag**, 17. Aug. Das dreimotorige Junkersflugzeug der Deutschen Lufthansa „Hermann Köhl", das den Verkehr zwischen Wien und Berlin versieht, mußte heute in Prag notlanden. Das Flugzeug wurde dort beschlagnahmt. Da die tschechoslowakischen Behörden für die Verkehrsflugzeuge, die die Tschechoslowakei überfliegen, eine Zwischenlandung in Prag verlangen, wird die Strecke Wien-Berlin stets unter Umgehung der Tschechoslowakei umflogen. Der Pilot der „Hermann Köhl" hatte sich heute verirrt und war zu dieser Notlandung gezwungen. — Amtlich wird mitgeteilt: Mit dem Piloten und dem Vertreter der deutschen Lufthansa wurde ein Protokoll aufgenommen. Nach Einvernehmen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten mit dem Ministerium des Aeußeren wurde die Freigabe des Flugzeuges angeordnet.

Fridtjof Nansen glaubt an den Tod Amundsens.

() **Oslo**, 18. Aug. In einem Interview mit einem Vertreter der Zeitung „Tidens Tegn" sagte Fridtjof Nansen, die Möglichkeiten, daß Amundsen am Leben geblieben sei, seien sehr gering. Nach seiner eigenen Meinung sei Amundsen nicht mehr am Leben.

Bergwerksunglück in Rußland.

● **Moskau**, 17. Aug. In einem Bergwerk in Gorlowska im Donetzgebiet stürzte ein Schacht ein. Fünf Arbeiter kamen dabei ums Leben.

15 Todesopfer eines Wirbelsturmes in Algier.

)(**Paris**, 18. Aug. Wie aus Algier gemeldet wird, ist über die Gegend von Djidjelli ein heftiger Wirbelsturm hingegangen, der großen Schaden angerichtet hat. Nach dem „Petit Parisien" beträgt die Zahl der bei dem Unwetter ums Leben gekommenen Personen 15, die der Verletzten 150. Ein mit sieben Mann besetztes Boot ist unweit des Hafens von Bougie gekentert. Nur zwei Mann der Besatzung konnten gerettet werden.

Deckeneinsturz in einer französischen Kaserne.

:: **Paris**, 18. Aug. Wie die Morgenpresse aus Nizza berichtet, ist die Decke einer Kaserne in Villefranche-sur-Mer eingestürzt. Eine Anzahl von Soldaten wurde unter den Trümmern begraben und verletzt. Ein italienischer Arbeiter kam ums Leben; zwei wurden schwer verletzt. Sieben Alpenjäger erlitten leichte Verletzungen.

Fünf Personen ertrunken.

÷ **London**, 17. Aug. Nach Meldungen aus Irland ging auf einem See in der Umgebung der Stadt ein Motorboot in Flammen auf. Die fünf Insassen, die beim Ausbruch des Feuers über Bord sprangen, sind ertrunken.

Schwere Sturmschäden in den Vereinigten Staaten.

() **Atlanta** (Georgia), 17. Aug. Die Stürme und Sturmfluten in den Staaten Virginia, Georgia und Nord- und Südkarolina haben insgesamt 10 Opfer an Menschenleben gefordert und großen Sachschaden angerichtet. Die Eisenbahn-, Telefon- und Telegrafenverbindungen sind zum großen Teil unterbrochen.

Ein amerikanischer Torpedobootszerstörer auf Strand gelaufen.

Newyork, 18. Aug. Der Torpedobootszerstörer „Childs", das Flaggschiff der Zerstörerflotte, der an den Manövern teilnimmt, ist bei der Insel Marthas Vineyard (Massachusetts) infolge Nebels auf Strand gelaufen. Mehrere Torpedobootszerstörer bemühen sich, das Schiff wieder flott zu machen.

Fünf Tote bei einem Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn.

:: **Calgary** (Alberta), 17. Aug. 30 Meilen südlich der Stadt stieß an einer Kreuzungsstelle ein Zug der Canadian-Pacifique-Eisenbahn mit einem Automobil zusammen. Eine ganze Familie von fünf Personen, bestehend aus Vater, Mutter, zwei Söhnen und einer Tochter, die sich in dem Automobil befanden, wurde getötet.

Berlins Jugendamt erhält eine halbe Million Mark.

() **Newyork**, 17. Aug. Der in Nassau-County kürzlich im hohen Alter verstorbene deutsche Amerikaner Hermann Rausch hinterließ dem Berliner Jugendamt ein Fünftel seines rund 600 000 Dollar betragenden Vermögens. Es ist anzunehmen, daß das Testament von den Hinterbliebenen angefochten wird.

★

Die 43 Toten der „L 55".

◆ **Kowno**, 18. August. Moskauer Meldungen zufolge gibt das Kriegs- und Marinekommissariat eine halbamtliche Erklärung über die Bergung des englischen Unterseebootes „L 55" ab, in der es heißt: „In militärischen Kreisen sei soeben erst ein Exemplar des Buches des englischen Seefachmannes, Wilton, unter dem Titel „Linienschiffe in Tätigkeit" eingegangen. In diesem Buche werde kurz darauf hingewiesen, daß „wir im Juni 1919 ein Unterseeboot „L 55" verloren haben. Die Mannschaft konnte jedoch gerettet werden." Diese Behauptung lasse erkennen, daß man in England bis jetzt die Vorgänge verheimlicht habe. Nach der Oeffnung des U-Bootes konnte festgestellt werden, daß die gesamte Besatzung von 43 Mann umgekommen sei. An 37 Leichen konnten Matrosenmützen festgestellt werden, die die Benennung von 16 verschiedenen Schiffen trugen. In den Räumen, in die das Wasser nicht eingedrungen war, lagen nur noch Skelette der Matrosen. Die Gebeine des Kommandanten fand man am Steuer. Dort, wo das Wasser eingedrungen war, bildeten die Körper der Matrosen eine Masse, die bei Berührung auseinanderfiel. Gegenwärtig werde die Registrierung der gefundenen Wertsachen, wie Uhren, Ringe usw. durchgeführt, die bei den Leichen gefunden wurden. Die Wertsachen sollen den Verwandten in England zugestellt werden. Vollständig erhalten blieben die Gummistiefel, die alle Leichen anhatten. Die Knochen werden sorgfältig in 43 Särge gelegt und aufgebahrt.

Ein Denkmal für einen Deutschenhasser.

Der spanische Dichter Blasco Ibanez, der voriges Jahr fern der Heimat in Frankreich verstarb, hat sich für uns Deutsche sehr unangenehm von seinen spanischen Landsleuten unterschieden. Im Gegensatz zu den meisten anderen Spaniern, die unserem Vaterlande gegenüber während des Krieges zumindest eine neutrale, meistens aber eine freundliche Haltung einnahmen, war Ibanez einer der wütendsten Deutschenhasser, die es wohl überhaupt je gegeben hat. Leider war er imstande, diesem seinem Hasse außerordentlich beredten und den Tag überdauernden Ausdruck zu geben. Sein Roman „Die Apokalyptischen Reiter" hat Deutschland mehr Abbruch getan als die meisten direkten feindlichen Propagandaunternehmen. Es ist vor allem im lateinischen Amerika außerordentlich viel gelesen worden und hat leider nicht erfolglos die Neutralen gegen uns aufzuhetzen versucht.

Bekanntlich ist aber dieser Prophet des Antigermanismus in seinem eigenen Lande nicht gut gefahren. Politische Differenzen schwerster Art mit Primo de Rivera veranlaßten ihn, aus seiner Heimat zu fliehen und sich in Paris niederzulassen. Noch mehr als diese Stadt liebte er das wundervolle Riviera-Kap Mentone, wo er eine prachtvolle Besitzung erstanden hatte.

Hier nun soll dem Dichter ein Denkmal errichtet werden und zwar ein höchst originelles: es wird nämlich weder von seinem Lande, noch von Frankreich, noch von den Verehrern des Dichters gestiftet. Die Schöpferin der Idee und die Zahlerin aller mit ihr verbundenen Kosten ist — des Dichters Witwe. Sie steht zur Zeit in Unterhandlungen mit dem Magistrat von Mentone, um die Erlaubnis durchzusetzen, ein Monument des Dichters von der Hand des französischen Bildhauers Bernstamm, der ihm intim befreundet war, auf der belebtesten Straße Mentones aufzustellen. Der Magistrat ist geneigt, seine Zustimmung zu geben, und so wird man das Schauspiel erleben, daß das Denkmal eines spanischen Dichters in Frankreich von seiner eigenen Witwe auf einem öffentlichen Platze aufgestellt wird!

Die Städte und der Fernsprecher.

Es muß von allgemeinstem Interesse sein, einmal zu hören, wie dicht das Fernsprechnetz der einzelnen Großstädte der Erde gezogen ist, oder, anders ausgedrückt, wieviel Anschlüsse in den wichtigsten Großstädten der Welt auf die einzelnen Einwohner kommen. Eine jüngst über dieses Gebiet veröffentlichte Statistik zeigt ganz überraschende Resultate.

An der Spitze marschiert San Franzisko, wo auf 100 Einwohner 31 Fernsprecheranschlüsse kommen. Man sollte meinen, daß die anderen amerikanischen Großstädte unmittelbar auf diese westlichste folgen; dem ist jedoch nicht so. Zwischen San Franzisko und New York, wo 24 Anschlüsse auf 100 Einwohner kommen, schiebt sich nämlich höchst überraschender Weise das verhältnismäßig kleine Stockholm, eine Stadt von noch nicht einer halben Million Einwohner in einem der verkehrsärmsten Länder der zivilisierten Erde. Stockholm hat 25 Fernsprechanschlüsse auf 100 Einwohner, also jeder vierte Stockholmer verfügt über einen. Wenn man bedenkt, daß ein Hausstand in der Regel aus vier Personen, gewöhnlich aber aus mehr besteht, so ergibt sich das frappierende Resultat, daß in Schwedens Hauptstadt in jedem Haushalt ein Telefon ist. Nicht allzuviel schlechter ist Kopenhagen gestellt mit einem Verhältnis 16 zu 100; jedenfalls folgt es unmittelbar hinter Newyork. Dann kommt Zürich mit 13 und dann als erste deutsche Stadt Frankfurt a. M. mit 12 und unmittelbar hinter ihm Hamburg-Altona mit 11 Anschlüssen. Berlin mit seinen 10 steht also erst an dritter Stelle. Interessant ist es, daß Paris, dessen Armut an Fernsprechern noch nach dem Kriege von allen Fremden beklagt und bespöttelt wurde, mit seinem Verhältnis 8 zu 100 London überflügelt hat, das nur 7 zu 100 zählt. Von asiatischen Städten marschiert Tokio an der Spitze.